



selben war von Interesse, daß die Firma Widdendorff & Co. in Eisen durch ein Eisenblatt bekannt gebe, daß sie in der Zeit vom 15. November bis 8. Dezember die erste Rate an ihre Gläubiger ausbezahle und des weitern, daß die Bezirksvorstände gegen die Aufstellung von Segmashininen in der Gaudruckerie gestimmt haben. Hierauf erstattete Kassierer Pöus den Rechenschaftsbericht pro drittes Quartal. Auf Antrag der Revisoren wurde demselben Bedache erteilt. Als vierter Punkt stand auf der Tagesordnung die Ergänzungswahl des Vorstandes. Gewählt wurden die Kollegen Jos. Schmidt als Vorsitzender und Franz Petermann als Schriftführer. Der fünfte Punkt, Antrag Soltingen: Verlegung des Bezirksvorortes, rief eine sehr erregte Debatte hervor. Kollege Graßmann-Soltingen begründete den Antrag. Derselbe führte aus, daß der Antrag nicht aus persönlichen, sondern aus agitatorischen Gründen gestellt sei. Es herrsche seit geraumer Zeit am Vororte eine Zerfahrenheit, die unserer Organisation nur schaden könne. Im weitern betonte Redner, daß entweder am Vororte gesunde Verhältnisse herrschen müßten oder derselbe würde verlegt. Kollege Kutschly-Eberfeld kritisierte aufs schärfste diese Begründung. So faul wie es im Staate Dänemark sei, wäre es vor Jahren in Solingen gewesen. Die Solinger sollten besser den Bezirksvorstand unterziehen als die Verlegung des Vorortes beantragen. Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wurde abgelehnt. Kollege Barisch-Soltingen erklärte sich für Teilung des Bezirks wegen der heftigen Agitation. Kollege Northof-Wald ersuchte die Versammlung, das Vorgefallene zu veressen. Kollege Götgen-Eberfeld bemerkte, daß die Verlegung des Vorortes Sache der Gewerksammlung sei, die nächstes Jahr stattfinden, und sei er sich bewußt, daß dieselbe den Antrag ablehne. Hierauf wurde der Antrag Soltingen mit 49 gegen 35 Stimmen angenommen, während sich jedes Mitglieder der Abstimmung enthielten. Punkt 6: Die Zensurmaßnahmen der Corr.-Redaktion gegenüber dem letzten Berichte der kombinierten Bezirksversammlung von Barmen-Eberfeld. Kollege Kunkel-Soltingen begründete diesen Punkt. Die Barmer Versammlung hätte den Markstein in der Tarifrevisions-Geschichte gelegt. Der Versammlungsbericht hätte den anderen Bezirken gewissermaßen als Vorlage dienen sollen, damit bei der nächstjährigen Tarifrevision etwas einheitliches geschaffen würde. Ein jedes Mitglied sei gespannt gewesen, den Bericht im Corr. lesen zu können, anstatt dessen hätte man aber in einer Briefkastennotiz gelesen, daß der Bericht kein allgemeines, sondern ein örtliches Interesse habe und derselbe in der Fassung nicht Aufnahme finden könnte, weil er zu lang sei. Man sei sich klar gewesen, daß bei der Aufnahme ein gewisses System zu Grunde gelegen hätte. Die Corr.-Redaktion habe nicht das Recht, einen Versammlungsbericht, der ein allgemeines Interesse hätte, der Zensur zu unterwerfen. Der Corr. sei für die Mitglieder da. Erfülle der Corr. das nicht, so sei er nicht für die Mitglieder da, sondern für eine gewisse Clique. An die Ausführungen des Redners knüpfte sich eine heftige Debatte, in deren Verlauf sich sämtliche Redner sehr scharf gegen die Zensurmaßnahme der Corr.-Redaktion aussprachen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heute in Solingen abgehaltene Bezirksversammlung verurteilt auf das Entschiedenste die selbstherrlichen Eingriffe der Corr.-Redaktion in das Recht der Mitglieder, ihre Meinung in Tarifrägen sowohl wie auch in Fragen der Verbandsstatik zu äußern. In Anbetracht des Umstandes, daß die Corr.-Redaktion geschnitten alle Aeußerungen der Mitglieder unterdrückt, welche der Verbandsleitung und der Corr.-Redaktion nicht genehm sind, sieht sich die Versammlung veranlaßt, die Redaktion vor derartigen Zensurmaßnahmen, wie sie in letzter Zeit vorgekommen, in ihrem Interesse zu warnen und aufzufordern, in Zukunft Gerechtigkeit und journalistische Ehrlichkeit walten zu lassen. Punkt 7: Der Konflikt in der Buchdruckerei F. W. Boffen Söhne in Wald. (Da dieser Punkt Gegenstand einer öffentlichen Versammlung in Wald war, so wurde es in der Bezirksversammlung unterlassen, auf den Ursprung des Konfliktes näher einzugehen, was ich hiermit nachholen will. Der Schriftführer.) Vor einem Vierteljahre beschäftigte der Gewerbeinspektor die Druckerei Boffen. Er forderte den Maschinenmeister Beckmann auf, ihn durch sämtliche Räume zu begleiten. B. machte den Gewerbeinspektor auf Bescheidenes, was den Bundesratsbestimmungen nicht entsprach, aufmerksam. Der Gewerbeinspektor benachrichtigte Herrn Boffen und forderte denselben auf, sofort Abhilfe zu schaffen, was dieser versprach. Anfang dieses Monats kontrollierte der Gewerbeinspektor, gung aber nicht durch das Kontor, sondern von hinten in die Druckerei. Auf Ersuchen begleitete ihn Beckmann wieder durch die Räume und siehe da, es war alles noch beim alten. Der Gewerbeinspektor wurde bei Herrn Boffen vorstellig und dieser gab als ausweichende Antwort, daß er denunziert sei. Am folgenden Samstag wurde Beckmann entlassen, weil er eine falsche Eintragung im Berechnungsformulare gemacht, also an Druckarbeiten weniger Zeit angegeben als er in Wirklichkeit gebraucht. Beckmann ist 54, Monate im Geschäft. Vielleicht hat er vorher schon eine falsche Eintragung gemacht, aber man war die ganze Zeit mit ihm zufrieden, nur seit dem letzten Erscheinen des Gewerbeinspektors nicht mehr. Der Arbeiterausschuß wurde bei

der Firma vorstellig mit der Forderung: Wir verlangen sofortige Auszahlung der 14 Tage Lohn für unsere Kollegen Beckmann. Die Forderung wurde abgelehnt, worauf sämtliche organisierten Maschinenmeister, Seher und Buchbinder ohne Kündigung das Geschäft verließen. Dies der Sachverhalt. Kollege Baibezahl-Wald bemerkte, die Firma Boffen begiehe reichen Ertrag an Arbeiterkräften von der Firma Barmen in Köln. Vorsitzender Schmidt brachte hierauf ein Schreiben vom Gewerwalt zur Verlesung, wonach der Zentralvorstand den Wald Kollegen die Unterstützung nach § 2 entziehe. Die Versammlung war empört. Kollege Graßmann-Soltingen: Wenn man bedenkt, daß der Zentralvorstand unsere Feinde nährt, daß derselbe unseren Mitgliedern in Wald die Unterstützung entzieht, dann stehen einem die Haare zu Berge. Die Wald Kollegen hätten das richtige Mittel ergriffen, indem sie sofort die Broden hinstreichen. Redner schilderte im weitern die rege Agitation der Walder Kollegen, die dieselben immer für den Verband einsetzt. Alle sich an dieser Debatte Beteiligten verurteilten auf das schärfste den Beschluß des Verbandsvorstandes und alleseitig war man sich klar, daß der Verbandsvorstand falsch unterrichtet sei; ein Kollege behauptete, daß Herr Boffen in Korrespondenz mit dem Verbandsvorstande stände. Folgende Resolution wurde fast einstimmig angenommen: Der Bezirksvorstand wird beauftragt, von dem Verbandsvorstande durch Klarlegung der Wald Angelegenheit zu verlangen, schleunigst seinen Beschluß in Betreff der Verweigerung der Unterstützung nach § 2 zu ändern, eventuell dem Verbandsvorstande zu unterbreiten, daß, im Falle der Weigerung, die ausständigen Kollegen der Firma Boffen von dem Gelde des Verbandsbeitrages unterstützt werden. Desgleichen wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Der Bezirksvorstand wird beauftragt, die anlässlich des Walder Streiks in der heutigen Versammlung gemachten Ausführungen ungeschminkt dem Verbandsvorstande mitzuteilen. Anmerkung der Redaktion. Nachdem bereits in der Versammlungseinstimmung im Corr. die Zensurmaßnahmen der Corr.-Redaktion durch Festbruch hervorgerufen worden waren, konnte niemand im Zweifel sein, daß bei der Berichterstattung über diesen Verhandlungsgegenstand die Buchdrucker-Wacht sowohl wie der Typograph auf ihre Rechnung kommen würden. In dieser Erwartung haben wir uns nicht getäuscht, wie die Ausführungen des Referenten, des Herrn Kunkel, über diesen Punkt beweisen. Wir würden den obigen Bericht durch keine Bemerkung abgeschwächt haben, wenn das Maß „sachlicher“ Kritik nicht auf einen Ton abgemittelt wäre, den wir uns einfach nicht gefallen lassen. Wenn von „Alte“, „Selbstherrlichkeit“, „Unterdrückung der Meinungsfreiheit“ und von einem Mangel an „journalistischer Ehrlichkeit“ gesprochen wird, wenn man durchblicken läßt, daß „ein gewisses System“ in der Redaktion die Mitglieder an der Wahrnehmung ihrer Interessen behindert, so werden diese hohlen, phrasenhaften, böswilligen und durch nichts gerechtfertigten Anwürfe um eines bestimmten Zweckes willen erhoben, der mit dem Verbandsinteresse nichts zu thun hat. Die Soltinger Entrüstungsverammlung behauptet, durch die an dem Barmer Versammlungsberichte von uns vorgenommenen Streichungen sei der Zweck des Berichtes vereitelt worden, den anderen Bezirken als Vorlage zu dienen. Diese Behauptung ist unwar. Wir haben nur gestrichen, was als Beleidigung oder Verleumdung unzulässig aufschneuzte oder mit dem gewollten Zwecke der Aufklärung der anderen Bezirke in keinerlei Zusammenhang stand. Nun hat man einstimmig eine von Beleidigungen stropfende Resolution angenommen, ohne daß die Abstimmung durch den sachlichen Einwand hätte getrübt werden können, ob denn jemand auch wußte, was gestrichen worden war. Solche „Kleinigkeiten“ sind ja nicht notwendig bei „prinzipieller“ Stellungnahme — der Jude wird eben verbrannt. Nun, wir werden dieses, wie verschiedenes andre Material, in unserer „Generalversammlungs-Schublade“ unterbringen, ohne deshalb von der Pflicht entbunden zu sein, als der den Kollegen verantwortliche Redakteur aus den Berichten zu streichen, was gestrichen werden muß. Weil es ein Aufwachen war, fühlte sich die Versammlung noch bemüht, auch dem Zentralvorstande „ungeschminkt“ die Wahrheit zu sagen. Wir fürchten, die „ungeschminkte“ Antwort desselben wird die Betreffenden davon überzeugen, daß außer den Herren in Solingen und Wald auch noch andere Kollegen ein Verständnis für Verbandsinteressen haben und sich von der Vertretung derselben auch nicht durch mehr oder minder einsichtlose Versammlungsbeschlüsse abbringen lassen. Karlsruhe. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich am 1. Dezember mit folgender Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Aufnahmen; 3. Beschlußfassung über die Weihnachtsfeier (Kinderbescherung); 4. Berichterstattung über technische Wahrnehmungen auf der Pariser Weltausstellung (Referent Kollege F. Kirsten); 5. Verschiedenes. Unter Vereinsmitteilungen Kreise der Vorstehende Kirsten die Gewerkschaften und ersuchte, bei Stellung von Anträgen zur nächstjährigen Tarifrevision die von unseren Vertretern in Berlin gefasste Resolution als Unterlage zu benutzen, die er im Wortlaute bekannt gab. Ferner machte er bekannt, daß am 15. Dezember im Konzertsale der „Eintracht“ das fünfundsiebzigjährige Stiftungsfest der Typographia stattfinden, zu dem einige Solisten zur Mitwirkung gewonnen sind. Das Fest wird bestehen in einem Stuhl-Konzerte und im Anschlusse daran Ball. — Nachdem einige Aufnahmen vollzogen und das Arrangement der Weihnachtsfeier dem Gesamtvorstande unter Hinzuziehung einer festgesetzten Kommission übertragen worden, trat aus der Mitte der Versammlung der Antrag ein, Punkt 4 der Tagesordnung auf die nächste Versammlung zu verschieben und heute den Konflikt in der Leipziger Volkszeitung auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende eröffnete hierauf die Debatte mit Schilderung der unleidlichen Vorgänge, die schon seit Jahren in der Leipziger Volkszeitung und innerhalb der sozialdemokratischen Partei Leipzigs und auch im Gewerkschaftskomitee daselbst gegenüber den Mitgliedern des Verbandes der Deutschen Buchdrucker herrschen. Die jetzt in der Volkszeitung eingetragenen Gewerkschaften müsse man als Streikbrecher betrachten. Er hoffe, daß in einer einbringenden Resolution der Stimmung der hiesigen Mitglieder über die Leipziger Vorgänge der nötige Ausdruck verliehen werde. Mehrere Redner sprachen in gleichem Sinne. Hierauf gung folgende Resolution ein, welche mit allen gegen sechs Stimmen angenommen wurde: „Resolution: Die am 1. Dezember in Karlsruhe tagende Mitgliederversammlung des Bezirks Karlsruhe spricht hierdurch den in der Leipziger Volkszeitung ausgetretenen Kollegen ihre volle Sympathie aus und begrützt die Stellungnahme des Gewerkschafts Leipzigs in dieser Angelegenheit. Ferner spricht die Versammlung der Leitung und Redaktion der V. B., der sozialdemokratischen Partei Leipzigs sowie dem Gewerkschaftskomitee daselbst ihre größte Mißachtung aus, weil durch ihr Verhalten solche Verhältnisse großgezogen wurden. Der Vorstand des Bezirks Karlsruhe wird beauftragt, diese Resolution im Corr. und dem Karlsruher Volksfreunde zu veröffentlichen.“ Im Punkte Verschiedenes entpant sich noch eine Debatte über einige lokale Angelegenheiten, durch die die Versammlung bis 2 Uhr hinausgezogen wurde. Ein dreifaches Hoch auf den Verband schloß diese Versammlung. Nachschrift: Die Typographia beteiligte sich gelanglich an dem am 24. November von etwa 3000 Personen besuchten Winterfeste der vereinigten Gewerkschaften in der Festhalle und errang unter der Leitung ihres tüchtigen Dirigenten, Herrn Musiklehrer Bier, stürmischen Beifall. — Ueber die Pariser Weltausstellung hielten die Kollegen Weisbach und Kirsten Vorträge, denen noch ein weiterer vom Kollegen Kirsten folgen wird. V. Wien. Am 19. November fand die konstituierende Versammlung des österreichischen Tarif-Antes statt. Der Präsident des Reichsverbandes österreichischer Buchdruckerbesitzer teilte mit, daß in folgenden Kronländern Tarif-Schiedsgerichte beständen: Böhmen, Galizien, Kram, Küstenland, Wägen, Niederösterreich, Oberösterreich, Schlesien, Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Zum Vorsitzenden des Tarif-Antes wurde Prinzibald Drouot, zu dessen Stellvertreter Geisler Franz Keilmüller gewählt. Am Schluß der Sitzung brachte Kollege Keilmüller namens der Gehilfenschaft folgenden Antrag ein: „Das Tarif-Amt der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs als die oberste Instanz in Angelegenheiten des Tarifes spricht das Bedauern über die in der Aufschrift des Reichsverbandes an den Gehilfenverband ausgebrachte Ansicht aus und erklärt sie als den Wahlschlüssen der in der Zeit vom 8. bis 11. Dezember 1899 abgehaltenen Tarifkonferenz widersprechend und bebauert dies um so mehr, da beide Teile die Verpflichtung übernommen hatten, dem Tarife mit allen Mitteln Geltung zu verschaffen.“ Dieser Antrag rief eine lebhafteste Debatte hervor. Herr Jasper gestand, daß das Präsidium des Reichsverbandes thatsächlich beim Ministerium Schritte unternommen hatte, um eine Aenderung der Statuten der Gehilfenvereine herbeizuführen; er suchte dies damit zu beschönigen, daß dies im Monate Oktober vorigen Jahres geschah, als nach dem Scheitern der ersten Tarifkonferenz der Ausbruch eines Streiks in Aussicht stand. Die Vertreter der Gehilfenschaft wiesen demgegenüber auf die Feindseligkeit und Unaufrichtigkeit dieses dem gemeinsamen Interesse schädlichen Schrittes hin, worauf Herr Jasper sich darauf berief, daß seinerzeit das Wiener Gremium aus Gehilfenkreisen dazu aufgefordert wurde. Dies sei im Jahre 1897 geschehen und da im Oktober vorigen Jahres ein konkreter Fall vorlag, habe man die Intervention erneuert. Es sei nicht die Absicht vorhanden gewesen, die Gehilfenorganisation zu vernichten, sondern nur die humanitären Zweige von den anderen zu trennen. Da der vom Kollegen Keilmüller eingebrachte Antrag wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit nicht mehr zur Abstimmung gelangen konnte, erklärten die Gehilfenmitglieder des Tarif-Antes die Einmennung des Reichsverbandes in die internen Angelegenheiten der Gehilfenvereine als bedauerlich und mit der Tarifgemeinschaft unvereinbar. Die Gehilfenvertreter erklärten weiter, trotz des unzulässigen Vorgehens des Reichsverbandes, den Tarif in allen Positionen aufrecht zu erhalten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen. Nach einer Erklärung der Prinzipale, den Tarif einzubehalten und durchzuführen, wurde die Sitzung geschlossen. — Nach diesen Erklärungen des Herrn Jasper wird man sich klar, auf was es seitens der Prinzipalität abgesehen war, als sie die erste Tarifkonferenz zum Scheitern brachte.